

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

der Bundesräte Michael Bernard, Markus Leinfellner
und weiterer Bundesräte

betreffend **Nein zum Sanierungszwang und zum Verbot von Öl- und Gasheizungen**

eingebracht im Zuge der Debatte über Top 8: Beschluss des Nationalrates vom 14. Juni 2023 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den regionalen Klimabonus (Klimabonusgesetz – KliBG) geändert wird (3428/A und 2071 d.B. sowie 11247/BR d.B. in der 955. Sitzung des Bundesrates, am 29. Juni 2023.

Die Inflation ist für viele Menschen in Österreich bereits zur Armutsfalle geworden. Während die meisten Bürger sich Gedanken darüber machen müssen, wie sie Monat für Monat über die Runden kommen, befeuern ÖVP und Grüne die Inflation durch die CO₂-Strafsteuer als politische Teuerungsmaßnahme immer weiter. Die deutsche Ampel-Regierung hat einstweilen schon den nächsten ideologischen Angriff auf die Bevölkerung durchgeführt:

Das neue deutsche Gebäudeenergiegesetz ist ein Schlag ins Gesicht aller fleißigen Bürger. Wohl schon ab 2024 soll im Hauruckverfahren durchgedrückt werden, was die meisten sich bis vor Kurzem nicht hätten vorstellen können. Öl- und Gasheizungen soll der Garaus gemacht werden. Ab 2024 sollen dafür alle neu installierten Heizungen zu mindestens 65 % mit sogenannten „erneuerbaren Energien“ betrieben werden müssen. Bestandsheizungen dürfen zwar weiter betrieben werden – doch hier drohen unbezahlbare Preise. Gas und Öl sollen innerhalb weniger Jahre so sehr im Preis steigen, dass viele Hausbesitzer vor die Wahl zwischen zwei Übeln gestellt werden: Entweder sie bezahlen astronomische Kosten für Gas bzw. Öl – oder sie müssen ihre voll funktionstüchtige Heizung zugunsten einer Wärmepumpe entsorgen. Hausbesitzern drohen fünfstellige Investitionen oder der Verlust des Hauses. Für Mieter bedeutet es unweigerlich noch viel höhere Mieten.¹

Im EU-Parlament wurden zudem teure Sanierungspflichten für Altbauten beschlossen, damit Gebäude europaweit bis 2050 den selbstgesetzten Klimaschutzzielen gerecht werden. Österreichischen Hausbesitzern drohen dadurch weitreichende Konsequenzen: Rund drei Viertel der Gebäude in Österreich wurden vor dem Jahr 1990 errichtet. Davon gelten etwa 60 Prozent aus energetischer Sicht als sanierungsbedürftig. Die betroffenen Haushalte müssen mit Kosten in der Höhe von zehntausenden Euro rechnen. Für ältere, ungedämmte Gebäude drohen zudem gravierende Wertverluste. Während Bundeskanzler Nehammer diese Pläne vordergründig als „völlig weltfremd“ kritisiert,² hat sein Parteifreund Othmar Karas der Vorlage in Brüssel zugestimmt.³

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

¹ <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/703604/Ampel-einigt-sich-beim-Heizungsgesetz-Union-uebt-schwere-Kritik>

² <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-inland/oesi-kanzler-lehnt-eu-plaene-ab-zwangssanierung-von-haeusern-voellig-weltfremd-83243174.bild.html>

³ <https://howtheyvote.eu/votes/9772>

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie werden aufgefordert, von Plänen, die zu einem Sanierungszwang für Gebäude sowie zu einem De-facto-Verbot von Öl- und Gasheizungen führen und die österreichischen Haus- und Wohnungseigentümer ökonomisch völlig überfordern würden, Abstand zu nehmen und auf EU-Ebene gegen solch eigentumsfeindliche Tendenzen entschieden aufzutreten.“


(Zerfelli)
(SPANKING)
(Spanking)

